

Meldungen

zusammengestellt von Thomas Ruttig

Neuer Afghanistan-Sondergesandter

UN-Generalsekretär Kofi Annan hat den ehemaligen algerischen Außenminister Lakhdar Brahimi zu seinem neuen Sonderbeauftragten für Afghanistan ernannt. Er solle in Afghanistan "die Friedensaktivitäten beurteilen" und mit den "relevanten Ländern und Konfliktparteien" sprechen, berichtete die 'Frankfurter Rundschau' am 31. Juli. "New York hat bisher mir gegenüber meine Tätigkeit nicht kritisiert", erklärte darauf der Leiter der UN-Sondermission für Afghanistan (UNSM), der deutsche Diplomat Norbert Holl, der mit Brahimi überraschend einen Vorgesetzten erhält. "Die Entscheidung wird das Ansehen Holls nicht gerade festigen", zitierte die FR einen Diplomaten in Islamabad. Holl war wiederholt kritisiert worden, weil er keine neue Herangehensweise an die Konfliktlösung gefunden habe. Beobachter hielten den ehemaligen Abteilungsleiter für Südasien im Bonner Auswärtigen Amt zudem für zu niederrangig, als daß er gegenüber den Haupthintermännern der afghanischen Fraktionen, den Regierungen Pakistans und Irans, etwas ausrichten könne. Holl war im Juli 1996 von Annans Vorgänger Boutros Boutros-Ghali ernannt worden, nachdem Außenminister Kinkel Druck gemacht hatte, daß das finanzielle Engagement der Bundesrepublik für die UNO durch mehr Deutsche in einflußreiche Positionen gewürdigt werden müsse. Der 63jährige Brahimi soll sich bereits in Haiti als "Vertrauensmann Washingtons" erwiesen haben, so die FR. UN-Sprecher Eckhard räumte am 31. Juli ein, die Ernennung Brahimis habe für "ein bißchen Verwirrung" gesorgt. Aber dies werde die Mission Holls nicht unterminieren, sondern sie "natürlich unterstützen".

Krise in Beziehungen zu Iran

Die Taleban haben im Juni die Schließung der iranischen Botschaft in Kabul angeordnet. Die Botschaft habe falsche Informationen über Afghanistan gesammelt und sei nicht neutral, zitierte die in Peschawar (Pakistan) ansässige Nachrichtenagentur AIP einen Taleban-Sprecher. Die iranische Presse habe falsche Darstellungen über den Konflikt in Afghanistan veröffentlicht. Die Botschaft solle geschlossen bleiben, bis sich die Lage im Land normalisiert habe. Im Gegenzug schloß Iran die Grenze zu Afghanistan. Der über den Grenzüber-

gang Islam Qala bei Herat laufende Warenverkehr, u.a. der Handel mit Treibstoff und Nahrungsmitteln, war eine der wichtigsten Einnahmequellen der Taleban.

Kämpfe bei Kabul halten an

Bei den Kämpfen in der Kohdaman-Ebene nördlich von Kabul ist bisher keiner Seite der entscheidende Durchbruch gelungen. Den Kämpfern von Ex-Verteidigungsminister Ahmad Schah Masud war es Ende Juli gelungen, die Taleban bis 15 Kilometer an die Stadtgrenze Kabuls zurückzudrängen und erstmals seit Monaten wieder die Hauptstadt mit Raketen zu erreichen. Bereits am 4. Juli war erstmals wieder ein Geschöß in Kabul eingeschlagen, meldete CNN. Dies sei die Revanche für Taleban-Bombenangriffe in Nord-Afghanistan gewesen. Auch um den Flugplatz Bagram wurde erneut gekämpft. Aber die Taleban konnten bei Gegenangriffen ihrerseits immer wieder Gelände zurückgewinnen.

Gegenregierung der Taleban-Gegner

Auf einer dreitägigen Tagung am Salang-Paß - der Hochburg des Taleban-Gegners Ahmad Schah Masud - einigten sich die drei Hauptkräfte der Anti-Taleban-Koalition auf die Zusammensetzung einer neuen Gegenregierung und bezeichneten dies als Schritt zur Festigung ihrer Allianz. Wie das iranische 'Radio Meschhed' am 13. August meldete, ernannte "Interimspräsident" Burhanuddin Rabbani seinen bisherigen Außenminister Abdurrahim Ghaffurzai zum neuen Regierungschef. Masud wurde wieder Verteidigungsminister. Beide gehören zur Mujahedin-Partei Rabbanis, der 'Jamiat-e Islami'. Der afghano-usbekische Warlord und neue Herr Nordafghanistans, General Abdulmalek Pahlawan, wurde zum Außenminister ernannt. Welche Ämter die dritte Kraft der Allianz, die schiitische Partei der 'Islamischen Einheit', übernimmt, wurde nicht bekannt; ebenso ob die 'Islamische Partei' von Gulbuddin Hekmatyar und die 'Islamische Nationale Front' von Pir Seyyed Gailani beteiligt sind. Sie hatten im Juni die 'Vereinigte Islamische Front' zur Rettung Afghanistans als Anti-Taleban-Bündnis gebildet.

Dostum-Nachfolger selbstbewußt

Der nordafghanische Warlord Abdul Malik Pahlawan, der seinen ehemaligen

Chef General Dostum gestürzt hatte, hat die Taleban zur Machtteilung aufgefordert. Pahlawan sagte in Mazar-e Scharif, er würde sich einer Regierung unterordnen, in der alle Nationalitäten und Volksgruppen vertreten seien. Dafür verlangte er Autonomie für den von ihm kontrollierten Bereich in Nord-Afghanistan einschließlich einer eigenen Armee. Er forderte alle Konfliktparteien zum Einlenken auf und schloß sich der Taleban-Forderung nach einer islamischen Gesellschaftsordnung an. Wer nur die Toten zähle, komme nie zu einer Lösung des Problems. Alle Seiten müßten vergeben. Gleichzeitig drohte er, rund 10.000 gefangene Taleban zu töten, sollte die Bewegung ihre Angriffe fortsetzen. Zu den Gefangenen gehören die "Verteidigungsminister" sowie der Zentralbankchef der Taleban sowie deren Gouverneur in Herat, die nach Mazar geeilt waren, nachdem sich Pahlawan zeitweilig auf ihre Seite gestellt hatte.

Rabbani-Hauptquartier erobert

Die Taleban eroberten Anfang Juli nach eigenen Angaben die nordostafghanische Provinzhauptstadt Talokan. Dort hatte sich bis kurz zuvor der von ihnen aus Kabul vertriebene "Interimspräsident" Rabbani aufgehalten, der weiter ins benachbarte Tadschikistan floh. Zuvor hatten sie Gebiete am Grenzfluß Amu-Darja besetzt. Mitte Juni hatte die Taleban bereits die Nachbarprovinz Kunduz eingenommen. Dabei sollen sie von Truppen des radikal-islamistischen Mujahedin-Chefs Gulbuddin Hekmatyar unterstützt worden sein, die bislang zur Anti-Taleban-Allianz gehörten.

Erfolgreiches UNESCO-Programm

Die Taleban haben es der UNESCO gestattet, unter dem Titel "New Home, New Life" eine Serie von Radio-Bildungssendungen auszustrahlen. Über die Programme werden u.a. Hinweise vermittelt, wie sich Frauen ein eigenes Einkommen schaffen können, ohne gegen die angeordnete strikte Geschlechtertrennung zu verstoßen. In der Provinz Paktia hätten einige Frauen daraufhin mit dem Teppichweben begonnen.

Amnesty zu Geiselfestsetzungen

Amnesty international hat am 26. Juli die Taleban aufgefordert, etwa 2.000 Zivilisten freizulassen, die sie kurz zuvor

bei Razzien in Kabul festgenommen haben. Es handelt sich vor allem um Angehörige der Volksgruppen der Tadschiken und Hazara, die als Anhänger des Taleban-Gegners Masud gelten. Sie würden unter beklagenswerten Verhältnissen festgehalten und bekämen nur wenig zu essen, einige seien mißhandelt worden. Beobachter gehen davon aus, daß die Taleban die Männer als Pfand für etwa 3.000 kriegsgefangene Taleban genommen haben, um gleichzeitig die Kabuler Bevölkerung von einem Aufstand abzuschrecken, wenn Masuds Truppen die Stadt angreifen sollten.

Flüchtlinge zurückgekehrt

Die etwa 8.000 Flüchtlinge aus der nordwestafghanischen Provinz Badghis, die vor den dortigen Kämpfen im Frühsommer nach Turkmenistan geflohen waren, sind am 4. Juli fast geschlossen in ihre Heimat zurückgekehrt, meldete die BBC. Die Dorfältesten hätten festgestellt, daß die Herkunftsdörfer wieder sicher seien. Die Flüchtlinge, zumeist Turkmenen, hatten bei Temperaturen von 50 Grad in der Wüste kampiert. Die UNO hatte in einer Notaktion Zelte und Lebensmittel in die betreffenden Gebiete geschafft. Die UNO speicherte die Hilfsgüter, die sie nach Turkmenistan gebracht hatte.

Hilfe trotz Rekordernte nötig

Mit 3,7 Millionen Tonnen erwartet die UNO in Afghanistan die höchste Getreideernte seit Ausbruch des Krieges 1978. Allerdings sei sie durch die neuen Kämpfe in Nord-Afghanistan teilweise gefährdet. Auch wenn die Rekordernte eingebracht werden könne, brauche das Land in den nächsten Monaten 170.000 Tonnen an Nahrungsmittelhilfe, gab das Welternährungsprogramm (WFP) am 12. August in Genf bekannt. Fast zwei Millionen Afghanen, etwa ein Zehntel der Gesamtbevölkerung, seien weiterhin auf solche Hilfe angewiesen. Dabei handle es sich um Arme, Kranke, Flüchtlinge und alleinstehende Mütter. Neben der Nothilfe müsse die afghanische Regierung 710.000 Tonnen Getreide von Pakistan und Iran kaufen, um die städtische Bevölkerung und zurückgekehrte Flüchtlinge ernähren zu können.

"Vampir von Teheran" hingerichtet

Ein neunfacher Frauen- und Märdchenmörder wurde am 13. August in der iranischen Hauptstadt Teheran öffentlich hingerichtet. Der 28jährige Taxifahrer Gholamreza Khoschru Kordieh, ein illegal in Iran lebender afghanischer Flüchtling, wurde nach 240 von Ange-

hörigen der Opfer verabreichten Peitschenhieben im Westen Teherans vor 20.000 Zuschauern gehängt. Dort hatte er auch zwischen Februar und Juni seine Opfer entführt, vergewaltigt und ermordet; das jüngste war erst zehn Jahre alt. Angehörige der Ermordeten hatten vergebens verlangt, daß Kordieh gesteinigt werde. Weil er seine Untaten nachts verübte, wurde er "Vampir von Teheran" genannt. Der Fall habe die Ablehnung der Iraner gegenüber den noch etwa eine Million afghanischen Flüchtlingen im Land weiter verstärkt, meldete die Pariser 'Libération'.

Taleban lassen Ölfirmen zappeln

Noch keinen Vertrag über den Bau einer Ölpipeline durch ihr Gebiet haben die Taleban nach Angaben ihres zweiten Mannes, des Vorsitzenden des Kabuler Übergangsrates Mullah Rabbani, unterzeichnet. In einem Interview mit der 'Süddeutschen Zeitung' sagte er, "wir geben den Vertrag einfach an die Gesellschaft, die uns die größten Vorteile bietet. Wichtig ist, daß Arbeitsplätze für Afghanen geschaffen werden, daß das Land wieder aufgebaut wird." Derzeit bewerben sich die argentinische Gesellschaft 'Bridas Oil', die den Plan einer Leitung von Turkmenistan über Afghanistan bis in die pakistanischen Seehäfen entworfen hatte, sowie ein Konsortium aus der kalifornischen UNOCAL und der US/saudischen Gesellschaft 'Delta Oil'.

Rekord-Opiumernte erwartet

Die UNO geht davon aus, daß mit etwa 2500 Tonnen in Afghanistan in diesem Jahr eine Rekordernte an Opiummohn eingebracht wird. Im vergangenen Jahr waren es mit 2200 Tonnen 40 Prozent der Weltproduktion, ein Äquivalent von 220 Tonnen Heroin. Fünf Prozent davon kommen aus Nord-Afghanistan, fast 95 Prozent aus den Taleban-Gebieten. Obwohl sie selbst den Drogenkonsum als unislamisch strikt ablehnen, tolerieren sie bisher den Mohnanbau. Schätzungen zufolge erbringt ihnen die Besteuerung 20 bis 40 Millionen Dollar. Die UNO will in den nächsten vier Jahren 16 Millionen Dollar für ein Programm bereitstellen, mit dem Bauern in den Opiummohn-Hochburgen Kandahar und Nangrahar beim Umsteigen auf harmlosere Cashcrops wie Obst und Hülsenfrüchte unterstützt werden sollen.

Taleban gegen Schmuck und Absatzgeklapper

Die Taleban haben im Juli ihr Dekret erneuert, das Verhaltensmaßregeln für weibliches Krankenhauspersonal fest-

legt. Darin heißt es: "Modische Kleidung und Schmuck sind (arbeitenden) Frauen im Krankenhaus verboten. Frauen sind verpflichtet, sich würdevoll zu verhalten, sich leise zu bewegen und zu vermeiden, mit ihren Schuhen Geräusche auf dem Fußboden zu erzeugen." Radio 'Schariat', der Sender der Taleban, gab ferner bekannt, daß auf der Straße Kandahar-Kabul 700 Männer bestraft worden seien, weil ihr Bart nicht den Vorschriften entsprochen habe.

Streit in der Botschaft

Die US-Regierung hat am 14. August angeordnet, daß die afghanische Botschaft in Washington vom 21. August zeitweilig ihre Tätigkeit einstellen muß. Dort kämpften seit geraumer Zeit die letzten beiden verbliebenen Botschaftsangehörigen darum, wer das Land offiziell vertreten dürfe. Ein Sprecher des US-Außenministeriums erklärte, Washington wolle damit im Streit darum Neutralität wahren, wer Afghanistan vertreten dürfe. Darum streiten der von den Taleban entsandte neue Geschäftsträger Seraj Jamal und sein noch von "Interimspräsident" Rabbani entsandter Vorgänger Yar Muhammad Muhabbat. Der hatte bereits im Mai handgreiflich verhindert, daß Jamal die Fahne seiner Bewegung hißte. Die US-Regierung hatte Jamal die Akkreditierung verweigert. Das afghanische Konsulat in New York, das von einem Rabbani-Vertreter kontrolliert wird, darf hingegen geöffnet bleiben.

Amnesty für Abschiebestopp

Der deutsche Zweig der Menschenrechtsorganisation hat sich Anfang Juni gegen die Abschiebung von Flüchtlingen u.a. aus Afghanistan stark gemacht. Mit dem Vormarsch der Taleban habe sich die Lage in dem Land weiter verschärft. Das Argument, Flüchtlingen stünde im Norden des Landes eine "inländische Fluchalternative" zur Verfügung, könne nicht mehr aufrecht erhalten werden, heißt es in einem Brief an die Innenministerkonferenz. Zeitgleich hat das Verfassungsgericht in Karlsruhe entschieden, daß der Gesetzgeber den Aufenthalt von Asylbewerbern räumlich beschränken und Strafen im Falle der Zuwiderhandlung mit dem Grundgesetz vereinbar seien. Nach Auffassung der Karlsruher Richter schütze das Recht auf Freiheit der Person zwar die tatsächliche körperliche Bewegungsfreiheit, umfasse jedoch nicht die Befugnis, sich unbegrenzt überall aufhalten zu dürfen. Die Vorschriften des Asylverfahrensgesetzes seien auch mit dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit vereinbar.